

**Medienmitteilung 10. Januar 2019**

## **Holzbau Schweiz sagt Nein zur «Zersiedlungsinitiative»**

**Die Zentraleitung von Holzbau Schweiz empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein Nein zur Zersiedlungsinitiative. Neben der Gefährdung von Arbeitsplätzen untergräbt der wirtschaftsfeindliche Vorschlag die Raumpolitik, welche mit der 1. Etappe des Raumplanungsgesetzes in den Gemeinden zuerst umgesetzt werden muss.**

Am 10. Februar 2019 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» (Zersiedelungsinitiative) ab. Die Initiative der Jungen Grünen will einen faktischen Bauzonen-Stopp in der Verfassung verankern. Bei Annahme der Initiative dürften neue Bauzonen nur entstehen, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Die gesamte Bauzonen-Fläche in der Schweiz würde somit eingefroren. Die Initiative führt zu einer ungerechten Behandlung der Kantone. So würden einerseits generell Kantone mit grossen Flächen profitieren. Ebenso würden Kantone, die bereits grosszügig eingezont haben, gegenüber den Kantonen, welche haushälterisch mit ihrem Boden umgegangen sind, bevorteilt. Die Initiative führt zu Stillstand und einem Mangel an Wohn- und auch Wirtschaftsraum. Das Einfrieren der Bauzonenflächen würde in bestimmten Regionen zu einer grossen Baulandverknappung führen und die Preise und die Mietzinse in die Höhe treiben.

Das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG), das 2014 in Kraft getreten ist, deckt die grundsätzlichen Forderungen nach massvollem Umgang mit Boden bereits ab. Die Kantone setzen die strengen neuen Standards um, indem sie überdimensionierte Bauzonen verkleinern und die Ausscheidung neuer Bauzonen auf die Bevölkerungsentwicklung abstimmen. Mit anderen Worten, die Kernanliegen der Initiative werden durch das revidierte Raumplanungsgesetz bereits aufgefangen.

## **Langfristige und verantwortungsvolle Raumpolitik**

Holzbauschweiz schliesst sich der Empfehlung von Bund und Parlament an und fordert eine langfristig ausgerichtete und verantwortungsvolle Raumpolitik. Die radikale Initiative der Jungen Grünen ist aber das falsche Instrument dazu. Vielmehr sollte weiterhin das revidierte Raumplanungsgesetz, welches das Anliegen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung bereits weitestgehend erfüllt, im Zentrum der Raumplanungspolitik stehen. Zudem schenkt die Zersiedlungsinitiative der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie den unterschiedlichen kantonalen und regionalen Verhältnisse zu wenig Beachtung.